

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt

am 06.02.2019

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Dr. Antje Heider CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsfrau Michaela Dötsch	CDU	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	Vertreter für Ratsherrn Jens Voß
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	Vertreter für Ratsherrn Björn Schöttler
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Daniel Kahler
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Oliver Fröhling
Ratsherr Philipp Siewert	SPD	
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Jan Eggermann
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Ratsfrau Barbara Tünsmeier	SPD	
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	
Herr Dominik Hass	SPD	
Herr Jochen Kliebisch	Bündnis 90	
/Die Grünen		
Herr Harald Metzger	SPD	
Herr Ralf Tofote	Alternative für Lüdenscheid	ab 17:08 Uhr

Gäste:

Frau Annette Schwarz
Schwarz + Born Fiirma

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Hans Jürgen Badziura

Herr Christian Vöcks
Herr Stephan Kritzler
Herr Marcus Müller

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Vorsitz:

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn WeißCDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jan Eggermann	SPD
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsherr Daniel Kahler	CDU
Ratsherr Björn Schöttler	CDU
Ratsherr Jens Voß	SPD

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß	Internationale
Liste der SPD	

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:27 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

**2. Bebauungsplan Nr. 839 "Westlich Schöneck"; Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 003/2019**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Thomas-Lienkämper erläutert Herr Vöcks, dass die hier betroffenen Grundstücke bereits im Besitz der Stadt Lüdenscheid seien. Über die Detailplanung sei jedoch noch keine Entscheidung gefällt. Hier werde derzeit über eine Mischbebauung mit Ein- und Zwei-Familienhäusern nachgedacht. Denkbar seien ggf. auch Reihenhäuser, Mehrfamilienhäuser und sozialer Wohnungsbau. Er sagt zu, dass alle Möglichkeiten bedacht würden.

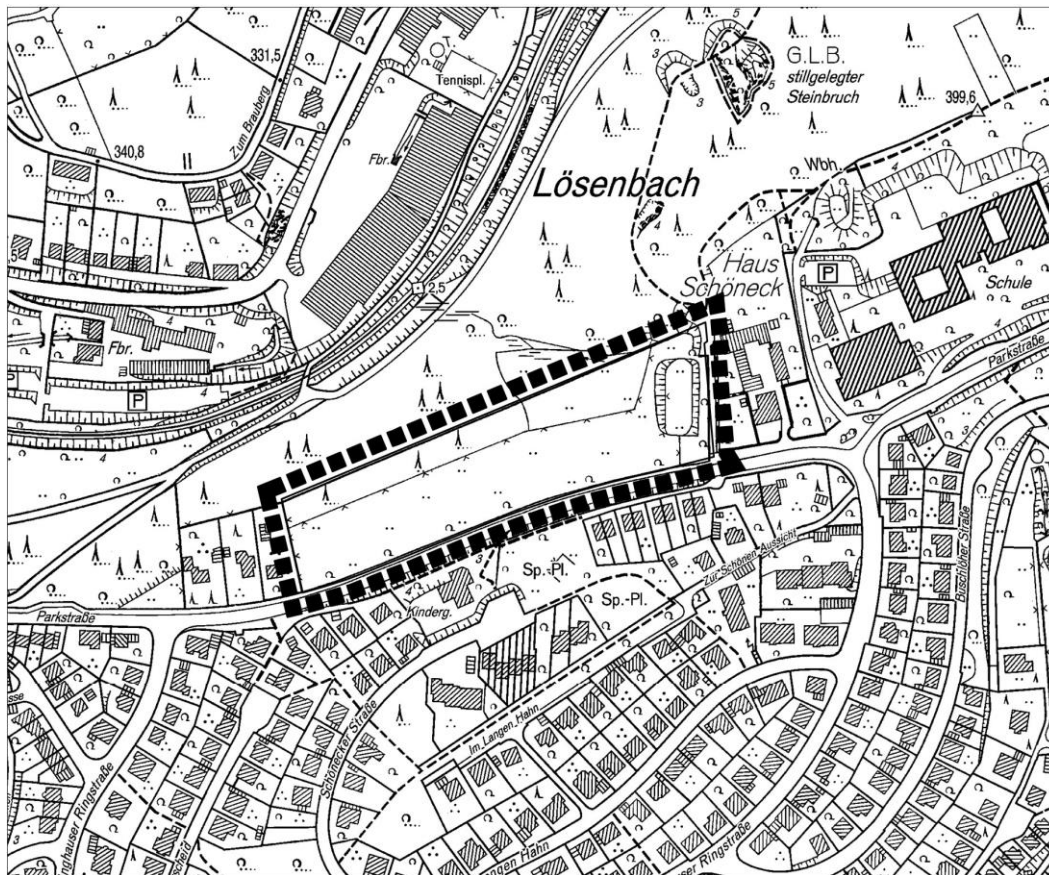
Ratsherr Thomas-Lienkämper bedankt sich für die Antwort.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

Beschluss:

I

Gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) soll der Bebauungsplan Nr. 839 „Westlich Schöneck“ für das nachstehend abgebildete Plangebiet aufgestellt werden.



II

Es wird festgestellt, dass die Bebauungsplanaufstellung Nr. 839 „Westlich Schöneck“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB erfolgen kann. Es ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen einer Bürgerinformation durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	1

**3. Bebauungsplan Nr. 841 "Bromberger Straße" - beschleunigtes Verfahren nach § 13 a BauGB; erneuter Auslegungsbeschluss
Vorlage: 294/2018**

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 841 „Bromberger Straße“ einschließlich der Begründung für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, öffentlich auszulegen. Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von einer Umweltprüfung abgesehen. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, sind von der Auslegung zu benachrichtigen und parallel zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**4. Bebauungsplan Nr. 765 "Ehemaliger Schlachthof", 6. Änderung (vorhabenbezogen); Umstellung auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan und erneuter Auslegungsbeschluss
Vorlage: 295/2018**

Auf Nachfrage von Vorsitzender Dr. Heider erläutert Herr Vöcks, dass mit der Veränderung des Verfahrens eine Bauverpflichtung für den Investor einhergehe. Hierdurch sei eine Aufhebung des Bebauungsplanes ohne Entschädigungsverpflichtung für die Stadt Lüdenscheid möglich, falls der Investor seiner Bauverpflichtung nicht nachkomme. Anhand der bereits bekannten Planung erläutert er weiter, dass die Gestaltung der Fassade nun festgelegt werden könne. Die Gebäudeseite werde mit Glas gestaltet. Die südliche Front enthalte Glaselemente über Eck in Verbindung mit einer metallischen Verkleidung. Diese Gestaltungsdetails seien in dem geänderten Verfahren ebenfalls fest vereinbart.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Festlegung der Fassadengestaltung und fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Das Verfahren der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“ wird umgestellt auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB.

- II. Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist der Entwurf der 6. vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplans Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“ der Stadt Lüdenscheid einschließlich der Begründung, des Umweltberichts und der Stadt vorliegenden wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, sind von der Auslegung zu benachrichtigen und parallel zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

5. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

5.1. Aktueller Sachstand/Zwischenbericht "Handlungskonzept Wohnen"

Vorsitzende Dr. Heider begrüßt Herrn Kritzler und bittet um Vortrag.

Herr Kritzler stellt anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation den aktuellen Sachstand zum Umsetzungsstand des Handlungskonzeptes Wohnen (HKW) vor. Zunächst erläutert er die wohnungspolitischen Ziele für die einzelnen Zielgruppen, bezogen auf Neuplanungen und die Bestandsentwicklung. Weiter führt er aus, wie die HKW-Maßnahmen umgesetzt werden sollen, insbesondere welche Schritte bereits für die Umsetzung eingeleitet bzw. erledigt worden seien. Abschließend gibt er noch einige geplante neue Wohnprojekte bekannt und erläutert im Ausblick 2019+ die nun zu erledigenden Aufgaben.

Vorsitzende Dr. Heider bedankt sich für die ausführliche Information und bittet, die Präsentation als Anlage zur Niederschrift zu nehmen.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Thomas-Lienkämper antwortet Herr Bärwolf, dass die Aufstellung eines Leerstandskatasters nicht leistbar sei. Durch die große Fluktuation sei es in der Regel nicht möglich, die Leerstände rechtzeitig anzuzeigen. Darüber hinaus würden die Wohnungen zunehmend seltener inseriert, vor allem verstärkt durch Mund-zu-Mund-Propaganda weitervermittelt. Dennoch sei es wichtig, die durch Herrn Kritzler vorgestellten Aufgaben abzuarbeiten.

Herr Vöcks ergänzt, dass der zu erstellende Wohnungsmarktbericht einen guten Marktüberblick verschaffe und somit ein Leerstandskataster entbehrlich sei.

Auf Nachfrage von Herrn Metzger antwortet Herr Kritzler, dass die erstellten Steckbriefe für die Baulücken immer auch Aussagen zum vorhandenen Planungsrecht enthielten.

Vorsitzende Dr. Heider bedankt sich für die ergänzenden Erläuterungen und verabschiedet Herrn Kritzler.

5.2. Sachstand Planfeststellungsverfahren "Höchstspannungsleitung Amprion"

Vorsitzende Dr. Heider bittet Herrn Badziura um Vortrag.

Herr Badziura erinnert an die bereits erfolgten Schritte im Verfahren zur Errichtung einer Höchstspannungsleitung zum Transport von Nordseestrom bis nach Süddeutschland. Im Stadtgebiet Lüdenscheids sei die Trassenführung im Bereich des Stadtteils Wettringhof kritisch. Hier liefen derzeit bereits die Leitungssysteme der Firma Amprion, der Enervie und der Deutschen Bahn parallel. Die erforderlichen Masten für die Höchstspannungsleitung seien bis zu 70 m hoch und somit massiv landschaftsbildprägend. Die neuen Strommasten würden in jedem Fall die vorhandene Trasse der Deutschen Bahn aufnehmen. Öffentlichkeitsbeteiligungen und Informationsveranstaltungen habe es diesbezüglich bereits in verschiedenster Art gegeben. Anhand eines Luftbildes zeigt er die verschiedenen Linienführungen der Trassen. Er betont, dass für die Höchstspannungsleitung zwischen der Firma Amprion und der Stadt Lüdenscheid die Linie „C“ verhandelt und zugesichert worden sei. Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens habe die Firma Amprion nun die Linie „B“ für die Trasse der Höchstspannungsleitung beantragt. Die Stadt Lüdenscheid sei nun im Beteiligungsverfahren zur Stellungnahme aufgefordert worden und habe darin ihre Ablehnung der Trassenführung auf der Linie „B“ deutlich zum Ausdruck gebracht. Zur Fristwahrung sei es erforderlich gewesen, dass der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einen entsprechenden Beschluss fasste. Die Verfahrenszuständigkeit liege bei der Bezirksregierung Arnsberg, die sich im Rahmen der Abwägung über die seitens der Stadt geäußerten Bedenken hinwegsetzen könne. Sollte dieses der Fall sein, müsse über das weitere Vorgehen noch einmal beraten werden. Auf Nachfrage von Herrn Metzger teilt Herr Badziura mit, dass die Linie „B“ im Abstand von 70 m und die Linie „C“ im Abstand von 118 m an der Wohnbebauung in Wettringhof entlang führe. Auf Nachfrage von Ratsfrau Siebensohn antwortet Herr Badziura, dass die Firma Amprion die Wahl der Linie „B“ mit geringerem Grundstücksbedarf begründe.

Vorsitzende Dr. Heider bedankt sich für die Ausführungen.

5.3. Sachstand zur Erweiterung des "Interkommunalen Gewerbegebietes Rosmart"

Vorsitzende Dr. Heider bittet Herrn Vöcks um Vortrag.

Herr Vöcks führt aus, dass im weiteren Verfahren eine bedarfsgerechte Entwicklung der Erweiterung des Interkommunalen Gewerbegebietes Rosmart erfolgen solle. Der erste Bauabschnitt solle kurzfristig umgesetzt werden. Daran würden sich dann die beiden weiteren Bauabschnitte anschließen. Die Verwaltung bereite eine Beschlussvorlage zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses über die weitere Vorgehensweise zur Erweiterung des Interkommunalen Gewerbegebietes Rosmart für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt vor.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Vorstellung des Herrn Marcus Müller - zuständig für Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsangelegenheiten -

Vorsitzende Dr. Heider erteilt Herrn Badziura das Wort.

Herr Badziura führt aus, dass Herr Müller seit dem 02. Januar 2019 die Stelle des Klimaschutzbeauftragten der Stadt Lüdenscheid übernommen habe. In dieser kurzen Zeit habe er bereits einige Dinge auf den Weg bringen können. Er bittet ihn, sich kurz selbst vorzustellen.

Herr Müller stellt zunächst sich und seinen bisherigen beruflichen Werdegang vor. Er führt aus, dass ihm eine Beteiligung Lüdenscheids insbesondere an den interkommunalen Projekten in Südwestfalen wichtig sei. Darüber hinaus nehme er an den Veranstaltungen zum Klimadialog mit der Bezirksregierung Arnsberg teil. Im Zuge der Partnerschaft mit der Universität Minnesota würden alle drei Lüdenscheider Gymnasien an einem Videowettbewerb zum Thema Klimaschutz teilnehmen. Die Teilnahmebereitschaft habe nicht erst geweckt werden müssen. Er plane weiter, noch in diesem Jahr ein Mobilitätskonzept für Lüdenscheid auf den Weg zu bringen. Hier müssten jedoch zunächst die Fördermöglichkeiten geprüft werden. In Nordrhein-Westfalen gebe es das „Zukunftsnetz Mobilität NRW“, dessen Zielsetzung es sei, insbesondere Beratungen bezüglich Mobilität und entsprechenden Kampagnen durchzuführen. Darüber hinaus würden dort sog. „Manager“ ausgebildet. Der Märkische Kreis sei dort bereits Mitglied und habe kürzlich die erste Managerin ausbilden lassen. Die Mitgliedschaft sei kostenneutral, so dass er eine Mitgliedschaft Lüdenscheids in diesem „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ anstrebe. Detaillierte Informationen hierzu gebe es im Internet. Die Schaffung eines Klimabündnisses sei ebenfalls vorgesehen.

Abschließend bedankt Herr Müller sich bei Herrn Bärwolf und Herrn Badziura dafür, dass sie ihm den Einstieg in seine Tätigkeit bei der Stadt Lüdenscheid so leicht gemacht hätten. Den Politikern dankt er dafür, dass sie die Stelle des Klimaschutzbeauftragten dauerhaft erhalten hätten.

Vorsitzende Dr. Heider bedankt sich für die Vorstellung und heißt Herrn Müller herzlich Willkommen. Sie merkt an, dass mit den vorgestellten Projekten Lüdenscheid sich zu einer klimapolitisch weltoffenen Stadt entwickeln könne. Sie wünscht ihm in seinem Aufgabenbereich gutes Gelingen.

Die Ausschussmitglieder stimmen einer Mitgliedschaft im „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ einstimmig zu.

6.1.2. IHK Altstadt: Bewilligungsbescheid "Fassaden- und Hofflächenprogramm sowie Verfügungsfonds"

Herr Vöcks erinnert daran, dass im letzten Jahr der Beschluss gefasst worden sei, sowohl das Fassaden- und Hofflächenprogramm als auch die Verfügungsfonds weiter zu führen. Hierzu seien bereits Ende letzten Jahres entsprechende Förderanträge bei der Bezirksregierung Arnsberg gestellt worden. Die Bezirksregierung Arnsberg habe nun kurzfristig mittels eines Änderungsbescheides für das Fassaden- und Hofflächenprogramm 200.000,00 € - d.h.

50.000,00 € pro Jahr - und für die Verfügungsfonds weitere 16.000,00 € Fördermittel zur Verfügung gestellt. Die Bezirksregierung Arnsberg habe mit dem Mittel des Änderungsbescheides eine schnelle und unbürokratische Lösung gefunden, um der Stadt Lüdenscheid die Förderung weiterer Projekte kurzfristig zu ermöglichen.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

6.1.3. Weitere Vorgehensweise zum Bauvorhaben "Stadtturm"

Herr Bärwolf führt aus, dass Gespräche zwischen der Verwaltung, dem Architekten und dem Projektentwickler weiter geführt würden. Zwischenzeitlich habe sich eine weitere alternative Nutzung für den Turm ergeben. Es sei auch denkbar, statt der Wohnnutzung eine Nutzung als Hotel umzusetzen. Inwieweit eine Realisierung möglich sei, werde derzeit geprüft.

Wie in der örtlichen Presseberichterstattung zu lesen war, biete der Landschaftsverband mit seinem „Mobilen Kulturbeirat“ u.a. Kommunen die Möglichkeit, sich bei besonderen Vorhaben fachlichen Rat einzuholen. Diese Möglichkeit werde gefördert. Veränderungen sollten dann jedoch so erfolgen, dass sowohl der Investor als auch die Stadt Lüdenscheid davon profitiere. Der Projektentwickler habe seine Gesprächsbereitschaft bereits bekundet. Aufgrund des begrenzten Budgets solle die für alle Beteiligten beste Möglichkeit realisiert werden. Auf Nachfrage von Vorsitzender Dr. Heider ergänzt Herr Bärwolf, dass die Kosten für die Stadt Lüdenscheid insbesondere von der Teilnehmerzahl der Berater abhängen. Ob der Mobile Kulturbeirat öffentlich tagen könne, müsse noch geklärt werden. Er führt weiter aus, dass nicht damit zu rechnen sei, dass eine Einzelhandelsnutzung im Erdgeschossbereich nicht funktioniere. Ein Vergleich mit dem vorhandenen Leerstand im Bereich des Forums dürfe nicht gezogen werden, da dieser nicht dadurch bedingt sei, dass hier kein Interesse der Einzelhändler bestehe, sondern weil eine Nutzung brandschutztechnisch derzeit nicht möglich sei. Das Büro Empirica habe die Tragfähigkeit am Markt für die geplante Wohnnutzung des Turms bestätigt. Eine Nutzung als Hotel würde eine mehrjährige Vertragsbindung bedingen. Hierzu sei jedoch die Durchführung einer Tragfähigkeitsanalyse noch erforderlich.

Vorsitzende Dr. Heider bedankt sich für die Ausführungen.

6.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

6.3. Anfragen

Entfällt

gez. Heider

Vorsitzende

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin